

Anhang 4

Unsere Anfrage an die Sprecher*innen der Landesparteien SPD, die Grünen, CDU, FDP, die Linke, und die AFD:

Betreff: Themen Senior*innen, Pflege und Gesundheit in Ihrem Wahlprogramm

Sehr geehrte/r ...,

der Arbeitskreis Alter(n) und Gesundheit von Gesundheit Berlin Brandenburg e.V. als Zusammenschluss von Akteur*innen und Interessierten der Senior*innenarbeit setzt sich dafür ein, die gesundheitlichen Belange älterer und hochbetagter Bürger*innen ins öffentliche Bewusstsein zu bringen und dabei insbesondere sozial benachteiligten, ausgegrenzten Menschen Gesundheitschancen zu ermöglichen.

In unserer Sitzung am 23.08.2021 wollen wir unseren Arbeitskreismitgliedern einen Wahlprogrammüberblick in Aussicht auf die kommende Abgeordnetenhauswahl geben.

Daher unsere Bitte, dass Sie uns möglichst kurz zusammengefasst einen schriftlichen Überblick der Ziele und Vorhaben in den Bereichen Senior*innenarbeit, Pflege und Gesundheit Ihrer Partei zur Verfügung stellen. Auch Aspekte der Prävention, Partizipation oder Generationenarbeit sind für uns in diesen Zusammenhang von Interesse.

Wir freuen uns über Ihren Input zur Vorbereitung auf die Wahl und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Albulena Selimi

Im Auftrag der Arbeitskreissprecherinnen Prof. Dr. Barbara Weigl und Andrea Didszun.

Weiter Informationen zum Arbeitskreis Alter(n) und Gesundheit: <https://www.gesundheitbb.de/arbeitskreise/ak-altern-und-gesundheit>

Antwort SPD

Sehr geehrte Damen und Herren!

Anbei der Link zu unserem Wahlprogramm, dem Sie gerne die entsprechenden Punkte entnehmen können:

<https://spd.berlin/wahlprogramm/>

Viele Grüße, Thomas Isenberg MdA

Antwort Die Grünen

Liebe Albulena Selimi,

im Anhang erhalten Sie den gewünschten schriftlichen Überblick über die Ziele und Vorhaben in den Bereichen der Senior*innenarbeit, Pflege und Gesundheit. Frau Topaç und Frau Pieroth freuen sich über Ihr Interesse und bedanken sich zugleich für die Arbeit des Arbeitskreises.

Sollten Sie Rückfragen zu den Antworten haben, können Sie sich gerne an Frau Pieroth und Ihr Büro, sowie an Frau Topaç oder mich wenden. Alle beteiligten finden Sie auch in CC.

Viele Grüße

Sven Wellenbrink

-Zugesendeter Anhang folgt auf nächster Seite-

Antwort **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** auf die
Anfrage des
**Arbeitskreis Alter(n) und Gesundheit von Gesundheit Berlin
Brandenburg e.V.**

Zu den Themenfeldern:
Senior*innenarbeit, Pflege und Gesundheit, Prävention, Partizipation oder
Generationenarbeit

GESUNDHEIT GANZHEITLICH DENKEN

Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – hiervon sind wir seit jeher überzeugt. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden, sondern muss sich am Wohl der Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

INTEGRIERTE GESUNDHEITZENTREN VOR ORT SCHAFFEN

In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKo mehr integrierte, lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

HEALTH IN ALL POLICIES - GESUNDHEIT EIN LEBEN LANG

Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort, wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und wo sie ihre Freizeit verbringen.

Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus diesem Grund sehen wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in Berlin als wichtige Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen, egal in welcher Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das Präventionsgesetz bietet,

sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen vor Ort – im Kiez, in den Bezirken und dem Land – orientieren und dort wo notwendig durch weitere Maßnahmen flankiert werden.

Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich auch das psychische Wohlbefinden. Durch unsere Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus wollen wir – unter anderem im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu bewältigen. Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den Abbau von Zwang.

SELBSTVERSORGT UND WÜRDEVOLL BIS ZUM SCHLUSS

Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage, entsprechend dem mutmaßlichen Willen der Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit. Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus- und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

SELBSTBESTIMMT

Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns ein, auf Landes- wie Bundesebene und im

Schulterschluss mit Pflegebedürftigen, Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

IM KIEZ VERORTET

Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven, generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene Community hinaus zusammenbringen.

EINSAMKEIT VORBEUGEN

Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkten Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie dem „Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter“, freiwilligen Besuchsdiensten und der Einführung von präventiven Hausbesuchen wollen wir der Einsamkeit im Alter entgegenwirken. Auch die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt zu anderen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen Angebote kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es muss die Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen zu können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch Altersgruppen jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose WLAN-Anschlüsse in Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für ältere Menschen. Dort sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung stehen.

DER VIELFALT GERECHT WERDEN

Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir fördern kleine, an Quartiere angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen. Um eine gute Qualität sicherzustellen und kontrollieren zu können, haben wir das Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohnerbeiräte von Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer

Beschwerdestelle im Bereich Pflege prüfen. Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen Pflegeeinrichtungen. Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden. Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es, Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

PFLEGENDE ANGEHÖRIGE STÄRKEN

Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll ausgebaut und verstetigt werden. Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr bedacht werden. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend aus Selbstvertretungsgruppen Pflegender Angehöriger und den Kontaktstellen „PflegeEngagement“ beraten. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

DIE PROFESSIONELLE PFLEGE STARK MACHEN

Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten

Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika, Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege- und Therapieberufe voranbringen und mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir. Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote, gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte. Eine Pflegekammer kann dafür einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden unterstützt wird. Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin schon in Berlin besser, generalistisch und über einen längeren Zeitraum ausbilden. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf - mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie zurückgewinnen.

Antwort FPD

Sehr geehrte Frau Selimi,

im Namen der Freien Demokraten des Landes Berlin bedanke ich mich für ihre Engagement, sich für eine bessere Teilhabe von älteren Menschen einzusetzen. Wir Freien Demokraten setzen uns für die Förderung der umfassenden Teilhabe und Teilnahme älterer Menschen im Land Berlin durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen ein.

Es ist dringend an der Zeit, das Lebensumfeld Älterer neu zu denken und überkommene Altersbilder realistisch zu aktualisieren. Aus unserer Sicht darf niemand wegen seines Alters diskriminiert werden. So setzen wir uns für die Abschaffung von diskriminierenden Altersgrenzen ein. Starre Altershöchstgrenzen in Gesetzen und Satzungen sind für uns eine Form der Altersdiskriminierung. Daher setzen wir uns für eine Überprüfung nach sach- und leistungsgerechten Kriterien ein, um eine Aufhebung bzw. Anpassung an die demografischen Entwicklungen zu erreichen. Ferner wollen wir, dass sich jeder Mensch unabhängig von seinem (auch fortgeschrittenen) Alter entwickeln und unsere Gesellschaft von der Lebenserfahrung älterer Menschen profitieren kann. Dazu vertiefen wir den generationsübergreifenden Dialog. Für die Förderung der Teilhabe und Teilnahme im Land Berlin wollen wir die Mobilität älterer Menschen mit dem weiteren Abbau von Barrieren sichern, ihnen den Zugang zur digitalen Welt erleichtern und zusätzlich altersgerechte Bildungsangebote für lebenslanges Lernen schaffen. Um auch über 60-Jährigen die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wollen wir flexible Verrentungsmodelle für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand entwerfen. Organisatorisch wollen wir Seniorinnen und Senioren eine direktere Stimme geben und dazu die Seniorenvertretungen rechtlich und finanziell stärken.

Mobilität ist ein wichtiges Recht für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir legen daher bei allen Mobilitätsangeboten ein besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit. Dass alle Bahn-, S- und U-Bahn-Stationen barrierefrei ausgebaut werden, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Aufzüge dort müssen so gewartet werden, dass sie ständig funktionsfähig sind. Neben dem Inklusionstaxi, das teilweise unzuverlässig ist und oft lange Wartezeiten erfordert, wollen wir barrierefreie Angebote auch in der allgemeinen Taxiwirtschaft schaffen. Viele Seniorinnen und Senioren nutzen auch das Auto für eine sichere und bequeme Fortbewegung, deshalb darf dessen Nutzung nicht zu stark eingeschränkt werden, z. B. ist ein Parkplatzangebot in erreichbarer Entfernung zu gewährleisten.

Das Land Berlin ist durch seine Verfassung und auch durch die UN-Behindertenrechtskonvention zur Verbesserung der Barrierefreiheit verpflichtet. Personen mit eingeschränkter Mobilität sind auf barrierefreie, sichere Gehwege angewiesen. Darum wollen wir die Bedingungen für den Fußverkehr verbessern und u. a. an allen Kreuzungen die Straßenquerungen barrierefrei gestalten. Die Überquerung von Straßen soll in regelmäßigen Abständen möglich sein. Ampeln müssen dafür so geschaltet werden, dass die Querung in einem Zug möglich ist. Angebote für den Fußverkehr müssen ausgebaut und Fußgängerinnen und Fußgänger auch vor den Gefahren des Radverkehrs geschützt werden. Radpisten in Fußgängerzonen wie in der Friedrichstraße lehnen wir ab.

Gehwege sind schnell in einen sicheren Zustand zu bringen. Planung, Bau, Unterhalt und Pflege von Fußwegen müssen deshalb beschleunigt und verbessert werden. Modernisierungen wie etwa automatische Türen und Fahrstühle, die zur Barrierefreiheit beitragen, dürfen grundsätzlich nicht mehr (z.B. aus Denkmalschutzgründen) verhindert werden.

Wir wollen die Verbesserung der pflegerischen Versorgung und die Überwindung der Pflege-notstands durch eine finanzielle Neuordnung, Bürokratieabbau, Digitalisierung, bessere Arbeitsbedingungen sowie einer Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland erreichen. Das Pflegepersonal soll im Rahmen einer Neuordnung der Krankenhausfinanzierung aufgestockt werden. Bürokratische Hürden wollen wir mit einem Digitalisierungsschub in der Pflege

abbauen (mehr digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik). Durch neue Anwendungen wird der Pflegealltag der Pflegekräfte und Pflegebedürftigen erleichtert, da mehr Zeit für die Zuwendung von Pflegebedürftigen da ist und diese nicht für die Bewältigung von bürokratischen Anforderungen genutzt werden muss. Eine Einschränkung oder ein pauschales Verbot der Zeitarbeit lehnen wir ab, da sich immer mehr Pflegekräfte wegen der erhöhten Flexibilität für einen Wechsel in die Zeitarbeit entschieden haben. Pflege muss sich zudem praktikabel an dem Bedarf der (älteren) Menschen orientieren. Aus diesem Grund fordern wir die Abkehr von den Pflegepersonal-Untergrenzen. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass - insbesondere im Zuge des demographischen Wandels – verstärkt Arbeitskräfte aus dem Ausland mit neuen Modellen und Möglichkeiten angeworben werden.

Die pflegebedürftigen Menschen wollen wir u. a. mit einem liberalen Pflegebudget entlasten, wo jede Person selber über ihre Leistungen entscheiden kann. Die Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade sollen hierfür in ein monatliches Budget überführt werden, über das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann.

Grundsätzlich braucht das Land Berlin eine leistungsfähige und zukunftsorientierte Gesundheitsversorgung, die sich an den individuellen Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten und deren Selbstbestimmung ausrichtet. Wir fordern u.a., dass man jederzeit eine medizinische Versorgung in unseren Krankenhäusern erhalten kann. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung der maximalversorgenden Krankenhäuser und die Spezialisierung der stationären Versorgung ein. Wir wollen den Rettungsdienst modernisieren und die Notfallversorgungsstrukturen bedarfsgerechter und vernetzter gestalten.

Ferner wollen wir eine leistungsfähige, flächendeckende ambulante Versorgung in Berlin sicherstellen, die versorgungsbereichsübergreifend gut vernetzt ist und ausgerichtet auf die einzelnen Patientenbedürfnisse zusammenwirkt. Wir setzen uns insbesondere auf Bundesebene dafür ein, Niederlassungshemmnisse in der haus- und fachärztlichen Versorgung zu beseitigen, die zeitlich überkommene und längst nicht mehr sachgerechte Trennung der Versorgungsbereiche mit dem Ziel einer patientenzentrierten Versorgung zu überwinden, Bürokratie in der Patientenversorgung abzubauen und Innovationen schneller in die Patientenversorgung zu bringen.

Auch wollen wir Rahmenbedingungen, die die Innovationsfähigkeit der Forschung und Gesundheitswirtschaft in unserem Land auch in Zukunft sicherstellen und Innovationen zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Berlin soll Modellregion für digitale und innovative Gesundheitslösungen werden.

Weitere Informationen zu unserer Senioren-, Pflege- und Gesundheitspolitik können Sie unserem Berliner Regierungsprogramm sowie unserem Bundeswahlprogramm entnehmen. Diese haben wir Ihnen beigelegt (Link: <https://www.fdp-berlin.de/zukunft/>). Wir Freien Demokraten werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode für die Interessen der älteren Bevölkerung im Land Berlin einsetzen.

Mit den besten Wünschen,

Thomas Seerig MdA

Die CDU, die Linke und die AFD haben nicht auf die Anfrage geantwortet.